

Daniela Münkelt / Ronny Heidenreich / Martin Stief (Hg.)

Geheimdienste, Politik und Krisen im Kalten Krieg





Analysen und Dokumente

Band 61

Wissenschaftliche Reihe des Stasi-Unterlagen-Archivs
im Bundesarchiv

Vandenhoeck & Ruprecht

Geheimdienste, Politik und Krisen im Kalten Krieg

Herausgegeben von
Daniela Münkkel, Ronny Heidenreich und Martin Stief

Mit 4 Abbildungen und 2 Tabellen

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

© 2025, Vandenhoeck & Ruprecht,
Robert-Bosch-Breite 10, D-37079 Göttingen, ein Imprint der Brill-Gruppe
(Koninklijke Brill BV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA;
Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland;
Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)
Koninklijke Brill BV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Schöningh, Brill Fink, Brill mentis, Brill Wageningen Academic, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau und V&R unipress.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung:
Diensttelefon des Ministers für Staatssicherheit Erich Mielke.
© Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv (Witzel)

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 2198-1108
ISBN 978-3-647-30280-5

Inhalt

<i>Daniela Münkel</i>	
Einleitung	7
<i>Stephan Wolf</i>	
»aktuell, weitgehend vollständig, objektiv und überprüft« – Überlieferung und Erschließung der geheimen Berichte des Staatssicherheitsdienstes . .	25
<i>Sebastian Nagel</i>	
Akten auf Umwegen. Die Überlieferung des DDR-Auslandsgeheim- dienstes in Archiven des ehemaligen sowjetischen Machtbereichs	47
<i>Michael Weins</i>	
Die Überlieferungsbildung der zivilen Nachrichtendienste im Bundesarchiv. Probleme und Herausforderungen	63
<i>Martin Stief</i>	
Die ZAIG – Nachrichtenzentrale der Stasi	77
<i>Andreas Hilger (†)</i>	
Feindbild oder Feindlage? – Die Organisation Gehlen und der BND in den 1950er-Jahren	95
<i>Roger Engelmann und Ronny Heidenreich</i>	
Das MfS als Nachrichtengeber der SED	111
<i>Jost Dülffer</i>	
Der BND – Regierungsberatung und psychopolitischer Kampf bis 1978	133
<i>Michael Hollmann</i>	
Die Bundesregierung und der 17. Juni 1953	153
<i>Andreas Etges</i>	
Deaf, Dumb, and Blind? Die CIA und die Erste Berlin-Krise	167
<i>Matthias Uhl</i>	
Zauderer oder Kriegstreiber? Der militärische Nachrichtendienst der Sowjetunion zwischen Berlin- und Kuba-Krise	181

Jens Schöne

Wissen, Kommunikation und Handeln. Das Ministerium für
Staatssicherheit als Informationsgeber in Krisensituationen 201

Anhang

Abkürzungsverzeichnis 214

Abbildungsverzeichnis 218

Verzeichnis der Autorin und Autoren 219

Daniela Münkkel

Einleitung

Das erste Opfer des Krieges ist nicht nur die Wahrheit, sondern auch der Zugriff auf plurale Informationen. Dies gilt sowohl für die Öffentlichkeit als auch für die Politik. In Krisensituationen, wie auch wir sie seit 2022 erleben, haben Geheimdienste mit ihrem Versprechen nach gesicherten und verlässlichen Informationen Konjunktur: Da geht es um den Kriegsverlauf, Truppenstärken, Kriegsgerät, Strategien, Sabotageakte, die Stimmung in der Bevölkerung oder um oppositionelle Bestrebungen, kurz, um Informationen, die auf anderem Wege nicht zu beschaffen, jedoch für die politischen Entscheidungsträger unerlässlich sind. Fast täglich werden Meldungen und Prognosen der Dienste in den Medien kommuniziert. Sie ersetzen bzw. ergänzen in Krisensituationen in gewisser Weise das, was zumindest in unseren westlichen Demokratien in normalen Zeiten unabhängige Medien und andere Institutionen leisten. Zugleich kommen immer wieder auch Pannen ans Licht, welche die Vertrauenswürdigkeit der Dienste erschüttern können: ein russischer Agent beim BND, ein Whistleblower bei der CIA, Spione aus China, der NSA-Skandal, geplante und durchgeführte Anschläge von russischen Agenten, aber auch Desinformationskampagnen und Cyberattacken. In dieser Gemengelage zwischen faktischer Information, Betriebsunfällen oder gezielter Desinformation zu unterscheiden, fällt nicht nur Zeitungslesenden schwer. So ging es 2023 zum Beispiel darum, welcher Geheimdienst den Ausbruch des Ukrainekrieges rechtzeitig prognostiziert habe, der BND war es, nach allem, was wir heute wissen, offenbar nicht.

Weil wir in der Gegenwart so wenig darüber wissen, welche konkrete Rolle Geheimdienstinformationen für politische Entscheidungen besonders in Krisensituationen spielen, erscheint es umso interessanter, sich dem Thema in historischer Perspektive anzunehmen. Der Kalte Krieg als die Hochphase und gewissermaßen Geburtsstunde der modernen Geheimdienstapparate bietet hier die Folie, von der aus sich das Wirken und der Einfluss von Geheimdiensten auf inzwischen relativ breiter und gesicherter Quellengrundlage beschreiben lassen. Entsprechend lautet zweifelsfrei zutreffend ein Befund über die Geschichte des Kalten Krieges, dass sie ohne die Berücksichtigung der Rolle der Geheimdienste unvollständig wäre.

Trotz der anzunehmenden zentralen Bedeutung von Geheimdienstinformationen wird damit gleichwohl nur ein Aspekt geheimdienstlicher Tätigkeit berührt. Die Dienste sammeln, analysieren und kommunizieren nicht nur Informationen – sind also nie nur Nachrichtendienst. Sie wirken im Auftrag ihrer

Regierungen auch auf vielen anderen Ebenen in die Gesellschaften hinein. In diesem Zusammenhang sei an verdeckte Operationen, Geheimverhandlungen oder Propaganda- und Desinformationskampagnen erinnert – die bei der Betrachtung der Aktivitäten von Geheimdiensten im Kalten Krieg stets mitzudenken sind. In diesem Band steht jedoch jener Bereich im Mittelpunkt, der auch nach außen hin als zentrale Aufgabe der Geheimdienste kommuniziert wird: die Politikberatung.

Die seriöse Erforschung der Geheimdienste und ihrer Wirkungsgeschichte ist in Deutschland erst durch die teilweise Öffnung der Archive von BND, Verfassungsschutz und CIA sowie vor allem durch die Sicherung der Hinterlassenschaft der DDR-Staatssicherheit und anderer Geheimdienste in den ehemaligen Ostblockstaaten möglich geworden. Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Um sich der Frage anzunähern, welchen Stellenwert Geheimdienstinformationen im politischen Prozess haben, ist zudem eine Öffnung der Akten der politischen Instanzen notwendig, um so die Parameter politischer Entscheidungen nachvollziehen zu können. Auch auf diesem Gebiet hat sich in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten viel bewegt. Während der Forschung die Unterlagen der DDR-Partei- und Staatsführung seit mehr als 30 Jahren zur Verfügung stehen, sind im Bundesarchiv nun auch große Teile der Geheimregistratur des Bundeskanzleramtes und anderer Ministerien für Forschung und Öffentlichkeit zugänglich. Diese Quellen ermöglichen nicht zuletzt auch Einblick in die zentrale Frage der Kommunikation zwischen Regierung und Geheimdiensten.

Rolle und Einfluss der Geheimdienste auf die Konzeption politischer Strategien und Entscheidungen der Regierungen in Ost und West lassen sich schlaglichtartig an den Kulminationspunkten, das heißt den zahlreichen Krisen während des Kalten Krieges, nachvollziehen. Im europäischen Kontext war der Kalte Krieg an solchen Ereignissen nicht arm. Zu nennen wären die Erste Berlin-Krise im Jahr 1948, der Volksaufstand im Juni 1953 in der DDR, der Ungarnaufstand 1956, der Mauerbau 1961 oder der Prager Frühling im Jahr 1968. In diesen zugespitzten Situationen, wo es nicht selten um Krieg und Frieden ging, konnten Geheimdienstinformationen für Regierungen in Ost und West zentral sein, um die wahren Absichten des jeweiligen Kontrahenten dies- und jenseits des Eisernen Vorhanges zu erkennen und gegebenenfalls ihre Politik danach auszurichten. Denn gerade in diesen heiklen Phasen der Blockkonfrontation standen öffentliche Bekundungen nicht selten im Gegensatz zur realen Politik bzw. politischen Absicht – dies gilt für beide Seiten. Ob und welche Rolle Geheimdienstinformationen in diesen krisenhaften politischen Konstellationen spielten, damit beschäftigen sich die Beiträge dieses Bandes.

Hinter den schlaglichtartigen Tiefenerkundungen stehen aber grundlegende Fragen nach Konzepten, Methoden und Praktiken von Geheimdienstarbeit:

1. Zum einen – das wurde schon angedeutet – die Formen der Kommunikation zwischen den Geheimdiensten und den politischen Entscheidungsinstanzen. Welche Arten der Informationsübermittlung – schriftlich, mündlich – wurden genutzt und in welcher Form, zum Beispiel Unterredungen, Briefwechsel, Vermerke oder Gespräche? Während sich mündliche Kommunikation retrospektiv kaum noch rekonstruieren lässt, stellen die Geheimdienstberichte einen zentralen Informationskanal dar. Ihre Gestalt, Themensetzung und Verteiler fielen nicht nur im Vergleich der einzelnen Dienste untereinander, sondern auch im zeitlichen Verlauf äußerst heterogen aus. Diese Berichte geben für sich genommen bereits Hinweise auf die Art und Intensität der Kommunikation zwischen Regierung und Diensten.
2. Vor der Weitergabe von Geheimdienstinformationen in den politischen Raum erfolgte eine Auswahl und Analyse von Berichten und Meldungen. Dieser Prozess der internen Informationsverarbeitung ist bei der Beschäftigung mit den Geheimdienstberichten zentral – zugleich aber ein Komplex, der sich gerade mit Blick auf die westlichen Geheimdienste bis heute einer wissenschaftlichen Forschung entzieht. Das hängt nicht unwesentlich damit zusammen, dass hierfür Einblicke in das operative – geheimdienstliche – Kerngeschäft der Informationsbeschaffung und -auswertung notwendig sind und eben diese »sources and methods« nur selten für die Forschung freigegeben werden. Hinzu kommt, dass zeigen die Hinterlassenschaften des MfS, dass dieser neuralgische Bereich auch intern einer strengen Konspiration unterlag, was ihre Rekonstruktion herausfordernd macht.
3. Eine Frage, welche die interne Informationsverarbeitung und die Kommunikation in den politischen Raum gleichermaßen berührt, ist, ob die Geheimdienste unvoreingenommene Nachrichtengeber sein konnten oder mit ihrem besonderen Informationsmonopol eine Agendapolitik betrieben. Zu unterstellen ist grundsätzlich ein institutionelles Eigeninteresse. Die Dienste entstanden in einer Welt gefühlter Unsicherheit und Bedrohungen und ihre Aufgabe war es, diese Annahmen zu bestätigen oder zu entkräften. Insofern hatten sie einen wesentlichen Anteil bei der Konstruktion von Gefahren, deren Kommunikation letztlich auch ihre Daseinsberechtigung rechtfertigte. Während der Frühphase des Kalten Krieges zeigen sich hier erstaunliche Parallelen: Die von den Geheimdiensten kommunizierten Bedrohungsvorstellungen des äußeren Feindes im Innern finden sich – freilich unter anderen Vorzeichen – sowohl in der DDR als auch der jungen Bundesrepublik. Versuchten die Geheimdienste also durch thematische Schwerpunktsetzungen politische Entscheidungen zu beeinflussen? Und inwieweit waren weltanschauliche und ideologische Vorannahmen gerade in diesem Zusammenhang prägend?
4. Last but not least wird nach der Rezeption von Geheimdienstinformationen zu fragen sein. Diese wiederum ist in die verschiedenen Kulturen politischer

Entscheidungsprozesse in den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen einzubetten. Hier sei nur kurz darauf verwiesen, dass die Geheimdienste mit ihren Informationen in Konkurrenz zu anderen Nachrichtengebern standen und stehen, die unter Umständen einen eigenen Gestaltungsanspruch formulierten.

Im Folgenden werden einige allgemeine Anmerkungen zu den Fragenkomplexen gemacht, die den Rahmen für den Tagungsband umreißen sollen. Die Fallbeispiele beziehen sich vor allem auf das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und die Organisation Gehlen bzw. den BND.

Berichte und Berichtswesen

Geheimdienste reklamieren als zentrale Aufgabe für sich die Informationsbeschaffung und -verarbeitung egal in welchem politischen System. Diese unterlag in der Zeit bis zum Zusammenbruch des Ostblocks mannigfachen Veränderungen. Die CIA und der sowjetische Geheimdienst waren die Vorbilder beim Aufbau der Organisation Gehlen auf der einen und die DDR-Staatssicherheit auf der anderen Seite. Welchen konkreten Einfluss sie aber auf die Etablierung eines effektiven und dauerhaften Berichtswesens hatten, ist im Einzelfall zu klären.

Die Berichterstattung des Ministeriums für Staatssicherheit ist eine unmittelbare Folge des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Mit diesem Tag setzte eine regelmäßige, geheime Berichterstattung an die engere Partei- und Staatsführung der DDR ein; diese endete erst im Dezember 1989.¹ Es gab einen außen- und einen innenpolitischen Berichtsstrang. Die Berichte sind nicht nur Lage- und Stimmungsberichte, sondern sie greifen Einzelereignisse genauso auf wie einzelne Themenkomplexe – kurz alles, was aus Sicht der DDR-Geheimpolizei sicherheitsrelevant und deshalb berichtenswert erschien. In manchen Fällen gab es auch eine Auftragsberichterstattung, das heißt, die Staatssicherheit wurde vom Parteichef oder der SED-Führung aufgefordert, über konkrete Ereignisse oder Vorgänge Ausarbeitungen anzufertigen. Die Themen der Berichte unterlagen in den sich wandelnden politischen und gesellschaftlichen Konstellationen Konjunkturen. In politischen Krisensituationen verdichtete sich die Berichterstattung der Stasi. Sie bediente einerseits das eigene Informationsbedürfnis, andererseits das der SED-Führung. Das Berichtswesen der Staatssicherheit professionalisierte sich seit den 1960er-Jahren und wurde stetig ausgebaut. Die

1 Die Inlandsberichte der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des Ministeriums für Staatssicherheit werden von der Forschungsabteilung des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv vollständig ediert: Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1953–1989, hg. von Daniela Münkkel. Göttingen 2009 ff.

Berichte wurden gezielt über vom Minister persönlich abgesegnete bzw. festgelegte Verteiler gestreut. Daneben wurden Berichte mitunter persönlich nur an den Partei- und Staatschef von Minister Mielke übergeben. Über diese regelmäßig stattfindenden Vieraugengespräche zwischen Ulbricht bzw. Honecker und ihrem Minister für Staatssicherheit wissen wir allerdings leider nur wenig.

Auch in der Bundesrepublik gab es eine regelmäßige Berichterstattung der Geheimdienste sowohl der Organisation Gehlen bzw. des BND als auch des Verfassungsschutzes u. a. ans Kanzleramt.² Für das hier in Rede stehende Thema ist vor allem die Berichterstattung über die DDR und die Ostblockstaaten von Interesse. Beim BND gab es bis 1968 keine eigene Berichtsserie zu diesen Themen, erst dann wurde eine eigenständige Serie u. a. zur DDR etabliert, was unmittelbar mit der neuen Deutschland- und Ostpolitik in Zusammenhang steht.³ Die Regierung unter Willy Brandt benötigte zur Erreichung ihrer Ziele objektive und belastbare Informationen und nahm die Ressourcen des BND hierfür gezielt in Anspruch.⁴ Bis dahin wurden diese Themenkomplexe in den allgemeinen Lageberichten bzw. Einzelmeldungen abgehandelt. In Krisensituationen wie zum Beispiel dem 17. Juni 1953 oder dem Mauerbau ist auch hier eine Verdichtung zu konstatieren. Mit Ausbruch des Volksaufstandes setzte bei der Organisation Gehlen ein größeres Interesse an Stimmungen in der DDR ein. Von nun an wurde darüber häufiger berichtet. Ab 1956 gab es eine regelmäßige, vierteljährliche Berichterstattung über die »Psychologische Lage in der SBZD«.⁵ Neben dem schriftlichen Berichtswesen gab es einen engen mündlichen Austausch zwischen der Organisation Gehlen bzw. dem BND und dem Kanzleramt. Dies gilt besonders für die Ära Adenauer, wie die Forschungen der »Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968« (UHK) nachdrücklich bestätigt haben. Der direkte Draht zwischen Kanzleramtsminister Hans Globke und Reinhard

2 Vgl. dazu Ronny Heidenreich: *Die DDR-Spionage des BND. Von den Anfängen bis zum Mauerbau*. Berlin 2019, S. 623 ff.; Elke Stadelmann-Wenz: »Erste Anzeichen des Widerstandes«. Die DDR-Berichterstattung des Bundesamtes für Verfassungsschutz nach dem Volksaufstand im Juni 1953 und dem Mauerbau im August 1961. In: Daniela Münkkel, Henrik Bispinck (Hg.): *Dem Volk auf der Spur ... Staatliche Berichterstattung über Bevölkerungsstimmungen im Kommunismus. Deutschland – Osteuropa – China (Analysen und Dokumente, 50)*. Göttingen 2018, S. 207 ff.

3 1962 wurde ein erster Lagebericht zur DDR vom BND herausgegeben, jedoch mangels Substanz 1968 eingestellt. Die Herausgabe einschlägiger Lageunterrichtungen begann im Zuge der Reformen ab 1969. Ronny Heidenreich: *Die DDR-Spionage des BND. Von den Anfängen bis zum Mauerbau*. Berlin 2019, S. 613 f.

4 Vgl. Jost Dülffer: *Geheimdienst in der Krise*. Berlin 2018, S. 233.

5 Vgl. dazu Ronny Heidenreich: *Gefühlter Antikommunismus. Berichte des Bundesnachrichtendienstes über Stimmungen in der DDR-Bevölkerung bis 1968*. In: Daniela Münkkel, Henrik Bispinck (Hg.): *Dem Volk auf der Spur ... Staatliche Berichterstattung über Bevölkerungsstimmungen im Kommunismus. Deutschland – Osteuropa – China (Analysen und Dokumente, 50)*. Göttingen 2018, S. 189–206, hier 193 ff.

Gehlen war so eng, dass er die Grenzen – auch bei Geheimdiensten – demokratischer Normen häufig überschritt, indem der Auslandsnachrichtendienst zum Ausspähen politischer Konkurrenten des Bundeskanzlers eingesetzt wurde.⁶

In der Ära nach Adenauer schwächte sich dies ab und seit Antritt der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt ist anzunehmen, befördert durch die große Skepsis, die besonders Kanzleramtsminister Horst Ehmke gegenüber dem BND hatte, dass der direkte Austausch weiter minimiert wurde.⁷

Informationsbeschaffung und -verarbeitung

Die Informationsbeschaffung der Geheimdienste unterlag im Untersuchungszeitraum grundlegenden Veränderungen. Dadurch wurden die spezifischen Methoden, die anderen berichterstattenden Institutionen in der Regel nicht zur Verfügung standen, noch erweitert.

In den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten spielten klassische Spione eine wesentliche Rolle bei der Beschaffung von Informationen von der jeweils anderen Seite des Eisernen Vorhangs. In der DDR setzte die Staatssicherheit auch im Inneren auf die Zusammenarbeit mit Spitzeln. Ein Heer von inoffiziellen Mitarbeitern war im Selbstverständnis des MfS bei der Generierung von Informationen eine wichtige Ressource.⁸ Die Berichterstattung der Stasi war von oben nach unten organisiert – die Kreisdienststellen meldeten an die Bezirksverwaltungen und diese wiederum an die Zentrale. Daneben existierte eine horizontale Informationsermittlung über die Hauptabteilungen der Zentrale.

Die Organisation Gehlen unterhielt in der DDR zumindest bis Mitte der 1950er-Jahre ein dichtes Netz von Informanten, die regelmäßig nach Pullach über die Lage im anderen Teil Deutschlands berichteten.⁹ Beide Apparate verließen sich also wesentlich auf die Aussagen von Zuträgern. Das wiederum stellte die Dienste vor ein Problem: Nach welchen Kriterien ließ und lässt sich ermes-sen, ob die Informationen vertrauenswürdig sind. Dies machte – wie wir aus der Frühphase des BND wissen – in der Tendenz die Informationen der Dienste für Manipulationen und Desinformation anfällig. Für den Bundesnachrichtendienst erledigte sich dieses Problem von selbst: Nach der weitgehenden Zerschlagung seiner Netzwerke durch die DDR-Staatssicherheit seit Herbst 1953¹⁰

6 Vgl. dazu ausführlich Klaus-Dietmar Henke: *Geheime Dienste. Die politische Inlands-spionage des BND in der Ära Adenauer*, Teil 1 u. 2. Berlin 2022.

7 Vgl. Jost Dülffer: *Geheimdienst in der Krise*. Berlin 2018, S. 239 ff.

8 Am Ende der DDR verfügte das MfS über ca. 180 000 inoffizielle Mitarbeiter (IM).

9 Vgl. Ronny Heidenreich, Daniela Münkel, Elke Stadelmann-Wenz: *Geheimdienstkrieg in Deutschland. Die Konfrontation von DDR-Staatssicherheit und Organisation Gehlen*. Berlin 2016, S. 26 ff.

10 Vgl. ebenda, S. 422 ff.

und verstärkt durch den Mauerbau sah man sich gezwungen, die technische Spionage immer weiter auszubauen.¹¹ Die neuen technischen Entwicklungen seit den 1960er-Jahren schufen hierfür die Voraussetzung: Durch Abhören und Auswertung der gegnerischen Kommunikation eröffneten sich völlig neue, weil unmittelbare Zugänge, die nicht ohne Rückwirkung auch auf das Berichtswesen der Dienste bleiben konnten. Dies betraf vor allem den Westen. Aber auch in der DDR wurde die technische Spionage stetig ausgebaut und seit Ende der 1960er-Jahre Computertechnik eingesetzt, allerdings die vom »Klassenfeind«, nämlich der Firma Siemens.¹² Für die DDR wissen wir mittlerweile, dass der Einsatz der Computertechnik und technischen Spionage weiter fortgeschritten war als lange angenommen.¹³

Zudem setzte in Ost und West eine Tendenz zur Verwissenschaftlichung ein. Das heißt, auch die Übernahme sozialwissenschaftlicher Methoden und die entsprechende Qualifizierung der Geheimdienstmitarbeiter trugen dazu bei, die Professionalisierung der Informationsverarbeitungsprozesse zu beschleunigen.¹⁴

Wie sich das konkret gestaltete, da steht die Forschung – nicht zuletzt aus Gründen des Quellenzugangs – noch am Anfang. Insgesamt hätte sich durch Technisierung und Verwissenschaftlichung eigentlich der Wert der Geheimdienstinformationen für die jeweiligen Regierungen vergrößern müssen.

Informationsbeschaffung ist die eine Seite, die andere ist, wie und mit welchen Intentionen die ermittelten Erkenntnisse den jeweils Regierenden präsentiert wurden. Oder anders gefragt, gab es ein eigenes Agendasetting der Geheimdienste?

Für das MfS und seinen langjährigen Minister Erich Mielke stand die Hegemonie der SED zwar nie auch nur ansatzweise infrage, dennoch deutet inzwischen vieles darauf hin, dass selbst die Staatssicherheit eine eigene Agenda verfolgte: So nutzte das MfS die regelmäßigen Berichte u. a., um auch auf nicht primär sicherheitsrelevante bzw. allgemeinere Mängel aufmerksam zu machen, dabei die eigene Überlegenheit bei der Identifizierung von Problemfeldern hervorzuheben sowie Verbesserungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Dadurch konnte die Geheimpolizei einerseits ihren Auftrag erfüllen, die politische Führung über neuralgische Punkte im In- und Ausland umfassend zu informieren. Ande-

11 Vgl. Armin Müller: *Wellenkrieg: Agentenfunk und Funkaufklärung des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968*. Berlin 2017.

12 Vgl. dazu Rüdiger Bergien: *Programmieren mit dem Klassenfeind: die Stasi, Siemens und der Transfer von EDV-Wissen im Kalten Krieg*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 67 (2019) 1, S. 1–30.

13 Wie sich das im Detail gestaltete und wie die konkreten Auswirkungen u. a. auf Informationsbeschaffung und -verarbeitung waren, dazu entsteht gerade eine Studie von Stephan Konopatzky in der Forschungsabteilung des Stasi-Unterlagen-Archivs.

14 Vgl. Rüdiger Bergien, Debora Gerstenberger und Constantin Goshler (Hg.): *Intelligence Agencies, Technology and Knowledge Production. Data Processing and Information Transfer in Secret Services during the Cold War*. London, New York 2022.

rerseits profilierte sie sich als allgemeines Kontrollorgan, das Problemlagen erkannte und für diese – wenn möglich – auch gleich Lösungen präsentierte. Darüber hinaus wird aus den Berichten selbst und ihrer Verteilung deutlich, dass Mielke sie nutzte, um auf Veränderungen in der politischen Großwetterlage zu reagieren und sich rechtzeitig auf die »richtige« Seite zu schlagen. Beispielsweise bekam Walter Ulbricht während des Machtkampfes mit Erich Honecker seit 1970 fast keine Berichte mehr zur Kenntnis.¹⁵ Im Krisenjahr 1989 wird durch deutlich formulierte Kritik an Honecker klar, dass Mielke versuchte noch rechtzeitig die Seiten zu wechseln – diesmal allerdings vergeblich.¹⁶

Um die Wirkungsmächtigkeit von Geheimdienstinformationen zu erhöhen, konnte es aus Sicht der Geheimdienste sinnvoll erscheinen, Erwartungshaltungen und Interessenlagen der Regierenden zu bedienen. Dies ist in einer Demokratie mit einer pluralen Öffentlichkeit allerdings schwieriger als in einer Diktatur mit einer weitgehend gelenkten und kontrollierten Öffentlichkeit und einem statischen Ideologiehaushalt. So verwundert es wenig, dass in der Berichterstattung der Stasi Feindbilder, Stereotypen und ideologische Überformungen allenthalben zutage treten.¹⁷ Eine Konstante ist dabei das Feindbild »Westen«.¹⁸ Dies verstärkte sich in Krisenzeiten, die für die DDR-Regierung schwierig waren, wie zum Beispiel 1953 oder 1960/61. Aber auch hier gab es Konjunkturen, so wurde in der Zeit der neuen Deutschland- und Ostpolitik seit Beginn der 1970er-Jahre dann zeitweise der Westen als Feindbild in der Berichterstattung zurückgestellt.¹⁹

Auch bei der Organisation Gehlen bzw. dem BND lassen sich zumindest bis 1968 Agendasetting und klare Feindbildstereotype ausmachen. Die Berichte und Deutungen der Organisation Gehlen bzw. des BND waren durch den von Gehlen und seinem mit ehemaligen Nationalsozialisten durchsetzten Apparat im Hinblick auf die Krisen der 1950er- und 1960er-Jahre durch einen ausgeprägten Antikommunismus nationalsozialistischer Prägung gekennzeichnet.²⁰ Vor allem durch diese Brille sah man auf die Ereignisse auf die DDR und im

15 Vgl. Ronny Heidenreich: Einleitung. In: Die DDR im Blick der Stasi, 1970, hg. von Daniela Münkkel. Göttingen 2023, S. 41.

16 Vgl. Daniela Münkkel (Hg.): Herbst '89 im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Eine Auswahl edition der wichtigsten Berichte zu den Herbstereignissen 1989. 5. Aufl., Berlin 2022, S. 17 f.

17 Vgl. Daniela Münkkel: Das Volk fest im Blick!? Die Berichterstattung des MfS über die Stimmung der DDR-Bevölkerung von den 1950er- bis zu den 1980er-Jahren. In: dies., Henrik Bispinck: Dem Volk auf der Spur ... Staatliche Berichterstattung über Bevölkerungsstimmungen im Kommunismus. Deutschland – Osteuropa – China (Analysen und Dokumente, 50). Göttingen 2018, S. 39 ff.

18 Vgl. ebenda, S. 40.

19 Vgl. ebenda.

20 Vgl. Gerhard Sälter: Phantome des Kalten Krieges. Die Organisation Gehlen und die Wiederbelebung des Gestapo-Feindbildes »Rote Kapelle«. Berlin 2016. Zur ideologischen Über-

gesamten Ostblock. Vor diesem Hintergrund lässt sich ebenfalls die Deutung des 17. Juni durch die Organisation Gehlen als einen von den Sowjets selbst inszenierten Aufstand einordnen.²¹ Diese einseitige Interpretationsfolie dürfte sich in der Zeit nach Gehlen vor dem Hintergrund des Generationswechsels im BND und des politisch-gesellschaftlichen Wandels in der Bundesrepublik sowie der Entspannungspolitik ausdifferenziert haben. Neben dem antikommunistischen Dogma war die Unterrichtung der Bundesregierung und vor allem des Kanzleramtes durch die Organisation Gehlen bis zur Gründung des BND am 1. April 1956 von dem Bestreben Gehlens gekennzeichnet, die Überlegenheit seines Dienstes unter Beweis zu stellen und so seine Konkurrenten im Kampf um einen bundesdeutschen Nachrichtendienst zu übertrumpfen.²²

Um beurteilen zu können, ob und wie Geheimdienstwissen Auswirkungen auf politisches Handeln hatte, muss man die Prozesse politischen Entscheidens genauer betrachten.

Politisches Entscheiden und Rezeption

Die Kultur des politischen Entscheidens unterlag während der Zeit des Kalten Krieges vielfältigen Wandlungsprozessen. Wobei es zentrale Unterschiede zwischen Ost und West gab.²³

Die politischen Entscheidungsinstanzen in der Bundesrepublik sind gemäß Grundgesetz der Kanzler, das Kabinett und nicht zuletzt das Parlament.²⁴ In der Ära Adenauer lag ein starker Schwerpunkt der Entscheidungsgewalt beim Kanzler und im Kanzleramt. Dass es sich dabei weniger um eine Inszenierung eines starken Kanzlers, wie in der Forschung vielfach behauptet, sondern um ein sehr spezifisches Demokratieverständnis handelte, legen zumindest die Forschungen der UHK nahe, die massive Demokratiedefizite der Ära Adenauer zutage geför-

formung der DDR-Berichterstattung des BND vgl. auch Ronny Heidenreich: Die DDR-Spionage des BND. Von den Anfängen bis zum Mauerbau. Berlin 2019, S. 623 ff.

21 Vgl. Ronny Heidenreich: Die Organisation Gehlen und der Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Marburg, Berlin 2013.

22 Vgl. Klaus-Dietmar Henke: Geheime Dienste. Die politische Inlandsspionage des BND in der Ära Adenauer, Teil 1. Berlin 2022, bes. S. 307–457.

23 Vgl. Thomas Großbölting: Politisches Entscheiden in Ost und West – Zur Einleitung. In: ders., Stefan Lehr (Hg.): Politisches Entscheiden im Kalten Krieg. Orte, Praktiken, Ressourcen in Ost und West. Göttingen 2020, S. 7–19, hier 16 f.

24 Vgl. Gabriele Metzler: »Auf den Kanzler kommt es an«? Kulturen politischen Entscheidens in der Bundesrepublik, 1949–1989. In: Thomas Großbölting, Stefan Lehr (Hg.): Politisches Entscheiden im Kalten Krieg. Orte, Praktiken, Ressourcen in Ost und West. Göttingen 2020, S. 23–43, hier 25.

dert haben.²⁵ Nach Adenauer sollte sich dies dann aber ändern. Unter den Bundeskanzlern Erhardt und Kiesinger spielte nun, obwohl sich rein formal nichts an den Kanzlerkompetenzen geändert hatte, das Kabinett als Entscheidungszentrum eine zentrale Rolle.²⁶ Gleichzeitig begann ein beschleunigter Modernisierungs- und Verwissenschaftlichungsprozess des politischen Entscheidens. Das heißt, sowohl Expertenmeinungen als auch Politikberatung als Grundlage für politische Entscheidungen wurden immer wichtiger.²⁷ Der unter Bundeskanzler Kiesinger eingerichtete Planungsstab im Kanzleramt bündelte Informationen und unterrichtete den Kanzler.²⁸ In der Ära Brandt wurde dieser Planungsstab zu einer ganzen Planungsabteilung ausgebaut. Nun wurde politisches Entscheiden als demokratisch legitimiertes, modernes Regierungshandeln kommuniziert und verstanden, was nicht nur auf die Gegenwart, sondern auch auf die Zukunft gerichtet ist.²⁹ Angesichts der innenpolitischen Krisen nach dem Rücktritt Brandts vom Amt des Bundeskanzlers im Mai 1974 konzentrierte sich das Entscheiden nun wieder stärker auf den Kanzler und einen kleinen männlichen Beraterkreis.³⁰

In der DDR war politisches Entscheiden das Monopol der Staatspartei SED und ihrer Führung. Die Zahl von Beschlüssen stieg in Zeiten politischer Krisen exorbitant an.³¹ Dementsprechend bestand dann auch ein erhöhter Informationsbedarf.

In der Ära Ulbricht zog der Parteichef die Entscheidungsmacht zusehends an sich, dennoch blieb am Ende das Prinzip der Kollektivität von politischen Entscheidungen die Regel; das Politbüro und Sekretariat spielten in den Entscheidungsverfahren eine wichtige Rolle.³² Ebenso wie in der Bundesrepublik kann man auch in der DDR seit den 1960er-Jahren einen Prozess der Verwissen-

25 Vgl. Klaus-Dietmar Henke: Adenauers Watergate. Die Geheimoperation des BND gegen die SPD-Spitze. Berlin 2023.

26 Vgl. Gabriele Metzler: »Auf den Kanzler kommt es an«? Kulturen politischen Entscheidens in der Bundesrepublik, 1949–1989. In: Thomas Großbölting, Stefan Lehr (Hg.): Politisches Entscheiden im Kalten Krieg. Orte, Praktiken, Ressourcen in Ost und West. Göttingen 2020, S. 29.

27 Vgl. Gabriele Metzler: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft. Paderborn 2005, S. 151 ff.

28 Vgl. Gabriele Metzler: »Auf den Kanzler kommt es an«? Kulturen politischen Entscheidens in der Bundesrepublik, 1949–1989. In: Thomas Großbölting, Stefan Lehr (Hg.): Politisches Entscheiden im Kalten Krieg. Orte, Praktiken, Ressourcen in Ost und West. Göttingen 2020, S. 30.

29 Vgl. ebenda, S. 36.

30 Vgl. ebenda, S. 40.

31 Vgl. Rüdiger Bergien: Telefonpolitik in der Beschlussfabrik. Die Informalität des Entscheidens in der Machtzentrale der SED. In: Thomas Großbölting, Stefan Lehr (Hg.): Politisches Entscheiden im Kalten Krieg. Orte, Praktiken, Ressourcen in Ost und West. Göttingen 2020, S. 109–126, hier 114 f.

32 Vgl. ebenda, S. 117.

schaftlichung politischer Entscheidungen feststellen. Diese Entwicklung spiegelt sich vor allem in dem zunehmenden Einfluss der fachpolitischen ZK-Abteilungen wider. In diesem Prozess gewann das ZK-Sekretariat gegenüber dem Politbüro an Bedeutung.³³ Unter Erich Honecker wurde politisches Entscheiden hingegen insgesamt informeller, das heißt, Entscheidungen wurden immer häufiger in Vier- bis Sechsaugengesprächen mit SED-Spitzenfunktionären getroffen.³⁴ So wurden beispielsweise in den bereits erwähnten Vieraugengesprächen zwischen Honecker und Mielke nicht nur Informationen weitergegeben, sondern auch Entscheidungen zum Thema innere Sicherheit vorbereitet oder bereits getroffen.³⁵

Neben den Fragen wie und von wem politische Entscheidungen gefällt wurden, welche Kulturen des Entscheidens es gab, ist zu klären, welche Informationen Grundlage solcher Entscheidungen waren bzw. ob und gegebenenfalls wie Geheimdienstinformationen in solche Entscheidungen einfließen. Die Frage der Rezeption ist jedoch naturgemäß eine schwierig zu beantwortende.

Erste Ergebnisse lassen sich aber aufzeigen: Das MfS beschäftigte die Frage selbst intensiv. Ein ehemaliger Mitarbeiter der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe der Staatssicherheit (ZAIG) behauptete retrospektiv, dass niemals eine Reaktion von den Empfängern gekommen wäre und die »Informationsstrecke« eine »Einbahnstraße« gewesen sei.³⁶ Um herauszufinden, ob die Berichte wirklich ausreichend zur Kenntnis genommen wurden, unterzog die Stasi im Jahr 1970 ihr Berichtswesen im Hinblick auf diese Frage einer Revision, deren Ergebnisse ernüchternd waren.³⁷ Dennoch lässt sich in wenigen Fällen nachweisen, dass Unterrichtungen eigens als Vorbereitung für Ministerratsitzungen gefertigt wurden. Durch den Abgleich mit den Tagesordnungen der Politbürositzungen kann ebenso die direkte Rezeption einer geringen Zahl von Berichten nachgewiesen werden. So waren es im Krisenjahr 1961 zum Beispiel mindestens 15 Geheimdienstberichte.³⁸ Darüber hinaus lassen sich zwischen den Themen der Politbürositzungen und der Rezeption der Berichte indirekte Zusammenhänge herstellen. In einigen Fällen sind Rücklaufexemplare überliefert, auf denen die Empfänger die Berichte kommentierten, kritisierten oder auch zustimmende Bemerkungen machten. Wie bereits angemerkt, ist die persönliche Unterrichtung mittels Berichten der ZAIG von Ulbricht bzw. Honecker

33 Vgl. ebenda, S. 124.

34 Vgl. ebenda, S. 119.

35 Vgl. ebenda, S. 120.

36 Vgl. Christina Wilkening: Staat im Staate. Auskünfte ehemaliger Stasi-Mitarbeiter. Berlin 1990, S. 25.

37 Vgl. Ronny Heidenreich: Einleitung. In: Die DDR im Blick der Stasi, 1971, hg. von Daniela Münkkel. Göttingen 2022, S. 45–50.

38 Vgl. Daniela Münkkel: Einleitung. In: Die DDR im Blick der Stasi, 1961, hg. von Daniela Münkkel. Göttingen 2022, S. 46.

durch den Minister für Staatssicherheit in den Vieraugengesprächen nachweisbar. Dies sind zahlreiche Indizien, die deutlich machen: Die Berichte wurden von dem engeren politischen Führungskreis durchaus zur Kenntnis genommen. Welche Wirkung sie entfalteten, steht freilich auf einem anderen Blatt.

Vor, während und nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 stützte sich die SED-Führung auf mehrere berichterstattende Institutionen.³⁹ Die Staatssicherheit war darunter nicht die wichtigste Informationsquelle, was sicherlich auch damit zusammenhing, dass das Berichtswesen noch in den Kinderschuhen steckte und wenig professionell war. Acht Jahre später beim Mauerbau 1961 sah dies schon etwas anders aus: Auch hier informierte sich die Führung aus mehreren Quellen, aber besonders die Berichte der Stasi über die Reaktionen des Westens waren für Ulbricht und seine Regierung von unschätzbarem Wert, gaben sie doch schnell Entwarnung und bildeten so die Grundlage für das weitere Vorgehen.⁴⁰

Auch in der Bundesrepublik informierten sich Kanzler und Regierung aus mehreren Quellen. Durch die enge Verzahnung von Org. bzw. BND mit dem Kanzleramt bis 1963 spielten deren Berichte eine wichtige Rolle, obwohl sie mit ihren Einschätzungen nicht selten danebenlagen.

Im Vorfeld des 17. Juni berichtete die Org. zum Beispiel über die sich ständig zuspitzende Lage in der DDR, einen bevorstehenden Aufstand prognostizierte sie aber nicht, sodass die Bundesregierung, die sich in diesem Fall auf die Informationen verlassen hatte, überrascht war.⁴¹ Die völlig falsche Deutung des Aufstandes als sowjetische Inszenierung durch die Org. übernahm der Kanzler allerdings nur bedingt, denn andere Informationsquellen wie das Gesamtdeutsche Ministerium legten eine andere, realistischere Interpretation des Geschehens vor.⁴² Im Vorfeld des Mauerbaus war es etwas anders: Der BND berichtete rechtzeitig über die Probleme der DDR besonders im Hinblick auf die steigenden Flüchtlingszahlen und prognostizierte die bevorstehende Grenzschießung, nur den genauen Zeitpunkt wusste man nicht, was dazu führte, dass sowohl der Kanzler als auch der Regierende Bürgermeister von Berlin am 13. August von der tatsächlichen Grenzschießung überrascht wurden.⁴³ Daraufhin geriet der Dienst in Erklärungsnot, berichtete aber weiter – wahrscheinlich nach Aufforderung durch das Kanzleramt – über die Lage nach der Grenzschießung. Trotz

39 Vgl. Ronny Heidenreich (Hg.): Der 17. Juni 1953. Berichte über den Volksaufstand aus Ostberlin und Bonn, 3 Bde. (BF informiert, Nr. 46). Berlin 2023.

40 Vgl. Daniela Münkkel: CIA, BND, MfS und der Mauerbau. In: Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung. Berlin 2011, S. 67–82, hier 75.

41 Vgl. Ronny Heidenreich: Die Organisation Gehlen und der Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Marburg, Berlin 2013, S. 14 ff.

42 Vgl. ebenda, S. 42 ff.

43 Vgl. Daniela Münkkel: CIA, BND, MfS und der Mauerbau. In: Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung. Berlin 2011, S. 70 f.

dieser Panne wird gerade am Beispiel des Mauerbaus deutlich, wie Kanzler und Bundesregierung letztlich doch auf Informationen des BND über die DDR und den Ostblock angewiesen waren.

Wie sich das eben skizzierte Spannungsfeld von geheimdienstlicher Informationserhebung, -verarbeitung und -vermittlung sowie politischer Entscheidungsfindung in den ausgewählten Krisensituationen des Kalten Krieges in Ost und West konkretisierte, wie die Geheimdienste ihre Rolle als Informationsgeber für die Regierungen ausfüllten und welchen wirklichen Einfluss sie auf politische Entscheidungen hatten, werden die Aufsätze im vorliegenden Band aus verschiedenen Perspektiven beleuchten.

Aufbau des Bandes

Der Band gliedert sich in vier Kapitel, die einen Bogen von dem oft nicht ganz einfachen Zugang zu den Quellen der Geheimdienste, über ihre Formen der Wissensproduktion, ihre Funktion als Politikberater bis zu ihrer Rolle in den Krisen des Kalten Krieges schlagen.

Im ersten Teil des Bandes steht die Überlieferung der Geheimdienste aus Ost und West und deren Zugänglichkeit für Forschung und andere Interessierte im Mittelpunkt. Durch die Sicherung, Öffnung und Erschließung der 111 Kilometer Akten der ehemaligen Staatssicherheit war in der Bundesrepublik erstmals ein umfassender Bestand eines Geheimdienstes zugänglich. Heute steht in den verschiedenen Archiven ein Quellenkorpus zur Verfügung, der umfangreich und vielschichtig ist und ständig wächst. Durch die langsame Öffnung der Geheimdienstarchive im Westen ist dieser Prozess keineswegs abgeschlossen.

Stephan Wolf stellt die Berichte der »Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe« des MfS und ihrer Vorläuferorganisationen vor – die sogenannten »Parteiinformationen« (= ZAIG-Berichte). Er berichtet über die Herausforderungen der Sicherung und Erschließung der Dokumente kurz nach der Friedlichen Revolution sowie über inhaltliche Gesichtspunkte bei der Verzeichnung dieser Unterlagen. Neben der Überlieferung in der Stasi-Zentrale wird auch ein Blick auf die Parteiinformationen der Bezirks- und Kreisebenen geworfen.

Einen anderen Aspekt des Berichtswesens der Staatssicherheit, dem Auslandsstrang der HVA, widmet sich der Beitrag von *Sebastian Nagel*. Im Gegensatz zu den Inlandsberichten weist die Überlieferung der Auslandsberichte, die von der HVA gefertigt wurden, große Lücken auf. Da alle Geheimpolizeien im ehemaligen Ostblock Informationen austauschten, berichtet Nagel von der Suche nach Parallelüberlieferungen des DDR-Auslandsgeheimdienstes in osteuropäischen Archiven. Er stellt die unterschiedlichen Berichtsreihen der HVA vor und zeigt anschließend, dass er im Archiv des polnischen Instituts für Nationales Gedenken (AIPN) bereits über 1 000 HV-A-Dokumente ermitteln konnte,

die im Stasi-Unterlagen-Archiv nicht nur nicht überliefert sind, sondern teils sogar bislang unbekannt waren.

Michael Weins widmet sich der Überlieferungsbildung des Bundesnachrichtendienstes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) im Bundesarchiv. Er geht auf die spezifischen Herausforderungen ein, die sich aus dem Spannungsfeld von Transparenzanspruch einer Demokratie und dem Geheimhaltungsinteresse der Nachrichtendienste ergeben. Weins gibt Einblicke in die »archivische Zusammenarbeit« mit den Diensten, die sich vor dem Hintergrund der »Behördenforschung« und den großen »Geheimdienstskandalen« wie dem Terror des NSU oder der Zusammenarbeit von NSA und BND in den letzten etwa 15 bis 20 Jahren intensiviert hat. Außerdem macht Michael Weins deutlich, dass es noch immer einige Hürden zu überwinden gilt, insbesondere bei der Übernahme von Unterlagen durch das Bundesarchiv.

Im zweiten Teil des Bandes geht es um die Fertigung geheimdienstlicher Lageeinschätzungen am Beispiel der Inlandsberichte des Ministeriums für Staatssicherheit sowie der Lagebilder zum sowjetischen Machtbereich durch den BND bzw. die Organisation Gehlen. *Martin Stief* skizziert in seinem Beitrag die Entwicklung der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS, der Nachrichtenzentrale der Geheimpolizei, und ihrer Berichte an die Partei- und Staatsführung im Zeitraum 1953 bis 1989. Deutlich wird, dass sich aus den anfänglich eher dilettantisch gefertigten Dossiers, die sich stark auf die Stimmung der Bevölkerung konzentrierten, zunehmend ausdifferenzierte und hinsichtlich ihrer Machart auch professionalisierte Berichtsstränge zu ausgewählten Einzelthemen entwickelten und sich dabei die Themenfelder Wirtschaft/Versorgung, Grenze/Flucht, Kirchen/Opposition sowie politische Großereignisse als Kernbereiche herauskristallisieren. Der Autor wirft Schlaglichter auf neue Aspekte der konkreten Erstellungs- und Verteilungspraxis der Parteieinformationen innerhalb des MfS. Die zentralen Lageberichte des MfS entwickelten sich zu einem zentralen, wenn auch nicht einzigen Informationskanal der Staatssicherheit. Die Einflussnahme des MfS auf Partei und Staat war insgesamt umfangreicher, als es die offiziellen ZAIG-Berichte nahelegen.

Andreas Hilger (†) konstatiert in seinem Beitrag, dass Reinhard Gehlen mit den Einschätzungen seines Dienstes über den sowjetischen Machtbereich im Bonner Kanzleramt reüssieren konnte. Dies werfe aber die Frage auf, ob dies auf die Qualität dieser Berichte oder eher auf gemeinsame Feindbilder und Weltansichten zurückzuführen sei. Während sich der frühe BND mit seiner Arbeit selbst zufrieden zeigte, kann Hilger erhebliche Diskrepanzen herausarbeiten: Strukturelle Probleme wie wenig bzw. unqualifiziertes Personal, unklare Zuständigkeiten, übertriebene innere Konspiration oder insbesondere die Rekrutierungspraxis, die weniger auf Expertise und Fähigkeiten fußte, denn auf Kameradschaft und klarer antikomunistischer Einstellung hätten einer effektiven Erhebung und Analyse von Informationen entgegengestanden. Hinzu kam die aggressive

Spionageabwehr der östlichen Dienste, was im Ergebnis dazu führte, dass der BND letztlich keine aktuellen und relevanten Informationen aus dem sowjetischen Machtbereich zusammentragen konnte. Die Berichterstattung, so zeigt Hilger, war in Teilen bewusst politisch verfremdet oder verfälscht und diente der positiven Darstellung des Dienstes in Bonn, wo Gehlen mit seinen Berichten die antikommunistischen Weltbilder der Empfänger bestätigen konnte.

Der dritte Abschnitt des Bandes befasst sich mit der Rolle der Geheimdienste als Berater für die Politik. Dieser Kommunikation geheimdienstlich gewonnener Informationen in den politischen Raum widmen sich die Beiträge von *Ronny Heidenreich* und *Roger Engelmann* sowie *Jost Dülffer*. Sie behandeln mit der DDR und der frühen Bundesrepublik zwei politische Systeme, in denen die Rahmenbedingungen und Kommunikationsstrategien zwischen Sicherheitsapparat und politischer Führung zunächst kaum unterschiedlicher sein konnten. *Heidenreich* und *Engelmann* zeigen anhand der Entwicklung des innenpolitischen Berichtswesens der Staatssicherheit, dass das MfS sich als Informationsdienstleister in Sachen innerer Sicherheit ab 1953 dauerhaft etablieren konnte und damit die bekannte neuralgische Bedeutung der Geheimpolizeien für die Herrschaftssicherung der staatssozialistischen Regime unterstreicht. Gleichwohl werden Grenzen dieser Berichterstattung deutlich: Das MfS musste in Kommunikation mit der herrschenden Staatspartei aushandeln, welche Themen und Schwerpunkte als sicherheitsrelevant anzusehen waren und in welcher Form diese Art von Information der Parteiführung nahegebracht wurde. Ein abschließendes Urteil über die Bedeutung der Staatssicherheit als Nachrichtenlieferant zu fällen, wäre nach Meinung der Autoren zu kurz gegriffen.

Insgesamt scheinen im Verhältnis zwischen SED und Staatssicherheit grundlegende Problemkonstellationen auf, die sich auch auf die Beziehungen zwischen dem BND und dem Regierungsapparat der Bundesrepublik Deutschland übertragen lassen. Die von *Jost Dülffer* behandelte Organisation Gehlen, der spätere BND, versuchte gleichermaßen durch eine interessen geleitete Informationspolitik sich Gehör im Kanzleramt und anderen Regierungsressorts zu verschaffen. Die Voraussetzungen hierfür waren allerdings andere: Anfänglich ging es um die Einbindung des amerikanischen Nachrichtenapparates in die bundesrepublikanische Sicherheitsarchitektur, die dann in der Amtszeit Gehlens zu einem äußerst engen Verhältnis zum Kanzler und seinen engsten Vertrauten führte. Wie *Jost Dülffer* anschaulich zeigt, war der frühe BND in seinem Selbstverständnis nicht nur Nachrichtengeber, sondern vor allem politisches und gesellschaftliches Einflussinstrument, wenn es um die Implementierung antikommunistischer Weltbilder in Westdeutschland ging. Dieser Gewichtung folgend waren die Lageunterrichtungen des BND, wie auch Andreas Hilger schon deutlich gemacht hat, ideologisch überformt, was ihren analytischen Gehalt ebenso einschränkte wie ihre Validität.

Michael Hollmann verweist in seinem Beitrag über die Reaktionen der Bundesregierung auf den Volksaufstand vom 17. Juni darauf, dass sich die Staatsführung in ihrer Meinungsbildung über dieses Ereignis auf andere Quellen als die Geheimdienste stützte. Die Genese der Debatten um eine Einordnung, Interpretation und politische Reaktion der westdeutschen Regierung zeigt zugleich, dass die Entscheidungsfindung letztlich nicht von der Nachricht allein, sondern im Kontext weiterer innen- und außenpolitischer Problemstellungen zu sehen ist.

Die Beiträge machen deutlich, dass mehrere Faktoren für die Bedeutung geheimdienstlicher Informationen in der Politikberatung wichtig sind und letztlich weniger institutionell als situativ gedacht werden müssen. Exemplarisch lässt sich dies in Krisensituationen zeigen.

Der letzte Teil des Bandes widmet sich geheimdienstlichen Informationen in den Krisen des frühen Kalten Krieges. Welche wichtige Rolle Auslandsgeheimdienste bzw. die von ihnen beschafften Informationen über die gegnerische Seite in Krisensituationen des Kalten Krieges spielen konnten, zeigen *Andreas Etges* und *Matthias Uhl* in ihren Beiträgen zur CIA während der Berliner Blockade 1948/49 bzw. der sowjetischen Militäraufklärung (GRU) in der Berlin- und Kuba-Krise (1958–1962). Für die CIA, gerade erst 1947 gegründet, war die Abriegelung Westberlins eine erste Bewährungsprobe, und diese habe sie bravourös gemeistert. Schon kurz nach Beginn der Blockade hatte der Dienst in Erfahrung bringen können, dass die sowjetische Seite die ausdauernde Bereitschaft des Westens, den einstigen Feind zu unterstützen sowie die Gegenmaßnahmen der Westalliierten, insbesondere auf ökonomischem Gebiet, vollkommen unterschätzt hatte. Die CIA war sich zudem immer recht sicher, dass die Gefahr einer Eskalation bzw. eines Krieges nur sehr gering war, was die politischen Entscheidungsträger sicherlich bestärkte, die Luftbrücke zur Versorgung der Westberliner Bevölkerung auf- und auszubauen. *Etges* attestiert den CIA-Lageeinschätzungen eine große Bedeutung für die politischen und militärischen Entscheidungsträger auf amerikanischer Seite, sie darin zu bestärken ihren Kurs fortzusetzen.

Auch die sowjetischen Geheimdienste waren in den Krisen des Kalten Krieges durchaus erfolgreich darin, wichtige Informationen zu beschaffen, die Einfluss auf das Handeln politisch Verantwortlicher nehmen konnten, wie *Matthias Uhl* am Beispiel der Hauptverwaltung Aufklärung des Generalstabes der Sowjetarmee bzw. des militärischen Geheimdienstes der Sowjetunion (GRU) während der Berlin- und Kuba-Krise (1958–1962) zeigen kann. Die GRU, die im November 1958 – also zu Beginn der Krise – mit dem ehemaligen KGB-Chef Ivan A. Serov einen neuen Leiter bekommen hatte, professionalisierte fortan ihren Dienst und konnte bereits 1960 hochwertige Dokumente beschaffen und dem ZK der KPdSU vorlegen. Uhl kommt zu der Einschätzung, dass diese Erkenntnis den Kreml-Chef in der Berlin- und Kuba-Krise weniger aggressiv auftreten und immer wieder einlenken ließ. Die herausgehobene Bedeutung geheim-

dienstlicher Verbindungen für die politische Geschichte des Kalten Krieges lässt sich hier exemplarisch nachweisen.

Zum Abschluss vergleicht *Jens Schöne* die Berichterstattung der Staatssicherheit über die Lage in den ländlich geprägten Regionen der DDR am Beispiel des Volksaufstandes 1953 und der akuten Wirtschaftskrise in der letzten Dekade des SED-Staates. Auf dem Land formierte sich der Protest im Jahr 1953 deutlich früher als in den großen Städten. Obwohl die Überwachung der Wirtschaft und damit auch der Landwirtschaft eine zentrale Aufgabe der Staatssicherheit war, hatten sich deren Offiziere nur sehr sporadisch mit dem Agrarsektor befasst. Dies sollte sich zwar ab 1952 mit einer forcierten Infiltrierung der Dörfer ändern, aber sowohl die ländlichen Strukturen als auch geheimpolizeiliche Fehlwahrnehmungen und ideologische Herangehensweisen sorgten dafür, dass die Stasi in Sachen Information und Kommunikation in der Krisensituation 1952/53 »schlicht ein Totalausfall« gewesen war, zumindest im ländlichen Raum. Ganz anders, so Schöne, sah die Situation in der finalen Krise der 1980er-Jahre aus: Zwar sei es der Geheimpolizei nie gelungen, auf dem Land Fuß zu fassen, dennoch sei es »verblüffend, wie nah die Kämpfer an der geheimen Front an der Realität waren«. Die Staatssicherheit lieferte in der Zeit der katastrophalen Wirtschaftslage zwar zutreffende bzw. realistische Einschätzungen und unterbreitete mitunter auch Lösungsvorschläge, jedoch reagierte die SED nicht darauf. An diesem Beispiel zeigen sich die Grenzen geheimdienstlicher Politikberatung.

Stephan Wolf

»aktuell, weitgehend vollständig, objektiv
und überprüft«

Überlieferung und Erschließung der geheimen Berichte
des Staatssicherheitsdienstes

In der DDR gab es ein kaum greifbares Phänomen. Die Bevölkerung beobachtete, dass auf jeder Ebene nach oben geschönt berichtet wurde und die Darstellung in den Massenmedien wenig mit ihrer Lebenswirklichkeit zu tun hatte. Gleichzeitig herrschte die feste Überzeugung vor, dass der Führung die wahren Zustände im Land bekannt waren. Die Bestätigung kam im Herbst 1989 ausgerechnet von Stasi-Chef Mielke persönlich, während seines denkwürdigen Auftritts vor der Volkskammer. Ob der Ungläubigkeit, die ihm von seinen Zuhörern entgegenschlug, wurde der langjährige Minister und Vier-Sterne-General immer aufgeregter und eindringlicher: »Alle Unzulänglichkeiten, manchmal von ganz kleinen Dingen nur bis zu den größten, die haben wir gemeldet.«¹

Mielke hatte das Geheimnis nur ansatzweise gelüftet. Doch als Anfang 1990 eine Zusammenstellung in Buchform erschien, die einige der Lageberichte für die Partei- und Staatsführung aus dem Jahr 1989 enthielt, wurde dieser Band von der Bevölkerung geradezu verschlungen.² Die Leserinnen und Leser konnten nun mit ihren Erfahrungen abgleichen, was und wie die Geheimpolizei nach oben kommuniziert hatte. Denn anders als in den Zeitungen, wurden hier Probleme offenkundig angesprochen. Dass die Staatsführung daraus keine, wenigstens aber die falschen Schlussfolgerungen gezogen hatte, war jedoch offensichtlich. Denn wenige Tage nach Erscheinen des Buches sollte die erste freie Volkskammerwahl im März 1990 erfolgen.

Die Edition war ein typisches Produkt der Friedlichen Revolution: Broschiert, innerhalb kürzester Zeit entstanden, kein angesehener Verlag, kein wissenschaftlicher Apparat mit einer zeitgeschichtlichen Einordnung. Genau genommen gab es nicht einmal eine Rechtsgrundlage für die Publikation der ehemals

1 Erich Mielke auf der 11. Tagung der Volkskammer am 13.11.1989, Volkskammer, Protokolle, 9. Wahlperiode, Bd. 25, Berlin 1990, S. 263. Zur Wirkungsgeschichte dieser Mielke-Rede vgl. Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern (Analysen und Dokumente, 15). 2. Aufl., Berlin 1999, S. 511–514.

2 Armin Mitter, Stefan Wolle (Hg.): Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS. Januar – November 1989. Berlin 1990 (Auflage: 250 000 Exemplare), <https://basisdruck.de/produkt/armin-mitter-stefan-wolle-ich-liebe-euch-doch-alle> (letzter Zugriff: 12.7.2024).